

## Politisches Armutszeugnis

By okj Redaktion



*Aurich (okj) – Mit sechs Stimmen im Auricher Kreisausschuss ist das Bürgerbegehren für den Erhalt wohnortnaher Krankenhäuser am heutigen Donnerstag (18.03) erneut abgewiesen worden. Für ein Bürgerbegehren stimmten Gila Altmann (Grüne), Hans-Gerd Meyerholz (GFA), Wilhelm Strömer (Freie Wähler) und Hermann Reinders (CDU). Gegen ein Bürgerbegehren stimmten Hermann Akkermann (SPD), Jochen Beekhuis (SPD), Hilko Geerdes (CDU), Antje Harms (SPD), Barbara Kleen (SPD), Ingeborg Kleinert (SPD). Landrat Harm-Uwe Weber (SPD) enthielt sich der Stimme.*



In einer ersten Reaktion bezeichneten Mitglieder des Aktionsbündnisses in Norden die Entscheidung als „politisches Armutszeugnis“. Der Bürgerwille scheint den Politikern nicht viel Wert zu sein. Offensichtlich habe man nicht begreifen können, dass beim angestrebte Bürgerentscheid sowohl die Befürworter, wie auch Kritiker des Projektes ihre Stimme abgeben können.

Peinlich sei diese Abstimmung vor allem für die SPD, deren Stimmen maßgeblich zur Abweisung eines Bürgervotums beigetragen habe. Wegen dieser SPD-Stimmen werde es jetzt wohl erforderlich werden, den Klageweg zu beschreiten. Noch im Juli 2015 hatte der Bundestagsabgeordnete Johann Saathoff (SPD) in den Ostfriesischen Nachrichten betont, die SPD sei jeher die Volks- und Bürgerpartei. Deshalb könne niemand ernsthaft gegen Bürgerbeteiligung sein.

# KREISTAG UND KREISAUSSCHUSS IN AURICH HABEN GETAGT

## Sechs zu vier gegen das Bürgerbegehren

**POLITIK** Der Antrag gegen die Zentralklinik ist vom Landkreis Aurich wie erwartet abgelehnt worden



Die Ubbo-Emmius-Klinik – im Bild der Standort Aurich – soll geschlossen werden. Der Landkreis Aurich plant stattdessen mit der Stadt Emden den Bau einer Zentralklinik in Georgsheil.

Diesmal fiel die Entscheidung allerdings deutlich knapper aus als beim ersten Mal. Nur die SPD war geschlossen auf der Linie von Landrat Weber.

**AURICH** - Am Abend der Niederlage hatte Holger Rohlfing gestern bereits seine Zuversicht wiedergewonnen: Trotz allem sei noch lange nicht klar, ob die geplante Zentralklinik je gebaut werde, sagte er der OZ. Der Auricher Kreisausschuss (KA), das höchste Organ nach dem Kreistag, hatte am Nachmittag – wie erwartet – das beantragte Bürgerbegehren gegen die Zentralklinik in Georgsheil erneut abgelehnt. Diesmal fiel die Abstimmung in dem eifköpfigen Gremium allerdings deutlich knapper aus als bei der ersten Ablehnung Ende Januar: Sechs Politiker stimmten dafür, den Antrag abzulehnen, vier dagegen. Außerdem gab es eine Enthaltung. Nach OZ-Informationen lehnte die SPD das Bürgerbegehren ab, während Grüne, GFA und Freie Wähler dafür stimmten.

### OZ-KOMMENTAR

#### STREIT ÜBER KOSTENDECKUNG

## Gute Idee

VON MARION LUPPEN



Es sei keine politische Entscheidung, sondern eine gebundene. Das sagte Landrat Harm-Uwe Weber gestern über den Beschluss des Kreisausschusses, das Bürgerbegehren gegen die Zentralklinik erneut abzulehnen. Formal hat der Landrat recht, doch inhaltlich handelt es sich selbstverständlich um eine hochpolitische Entscheidung.

Es wäre interessant gewesen zu beobachten, was passiert, wenn sich die Sozialdemokraten – die in Sonntagsreden stets für mehr Bürgerbeteiligung eintreten – gegen die Buchstaben des Kommunalverfassungsgesetzes auflehnen und mehr direkte Demokratie gewagt hätten. Auf Landesebene tun ihre Parteifreunde das längst. Die rot-grüne Landesregierung in Hannover will Bürgerbegehren erleichtern und den Zwang zum Kostendeckungsvorschlag abschaffen. Das ist im Grunde Wahnsinn. Künftig kann jeder alles fordern – koste es, was es wolle. Doch wer das traurige Schauspiel um das Klinik-Begehren im Kreis Aurich beobachtet, kommt zu dem Schluss: Es ist wohl doch kein Wahnsinn, sondern eine gute Idee.

© Die Autorin erreichen Sie unter [m.luppen@zgo.de](mailto:m.luppen@zgo.de)

neren Dienstes in der Kreisverwaltung, und Landrat Harm-Uwe Weber (SPD) die Gründe für die Ablehnung.

Es sei nicht schlüssig dargestellt, wie der Erhalt der Ubbo-Emmius-Klinik (UEK Aurich/Norden finanziert werden soll. Die Antragsteller berufen sich bei ihrem Kostendeckungsvorschlag auf das Bredehorst-Gutachten zur Sanierung der UEK. Doch das reiche nicht, so die Kreisverwaltung. Das Gutachten sei nicht mehr aktuell, so Weber. „Da ist die Zeit drüber hinweggegangen.“ Selbst nach Verwirklichung aller Vorschläge bleibe eine Finanzierungslücke von mehreren Millionen Euro pro Jahr.

Ob es nun – wie von der Verwaltung berechnet – 5,2 Millionen sind oder vielleicht nur drei oder vier, darüber könne man streiten, so Kleen. Doch die Antragsteller müssten konkret sagen, woher das Geld kommen soll. Es reiche nicht, pauschal zu sagen: „aus Haushaltsmitteln“. Daher sei das Begehren zwingend abzulehnen. „Das ist

keine Kann-Vorschrift.“ Weber hofft nun, dass die Antragsteller gegen den Beschluss klagen. „Ich wäre froh, wenn wir das grundsätzlich klären könnten. Dann könnten wir nachweisen, dass wir richtig gehandelt haben.“

Die Mitglieder des KA seien in ihrer Entscheidung nicht frei, betonte Weber. Es handele sich nicht um einen politischen Beschluss, sie seien an rechtliche Vorgaben gebunden. Im Falle einer Mehrheit für das Bürgerbegehren hätte er die Kommunalaufsicht in Hannover eingeschaltet, so Weber.

Rohlfing und seine Mitstreiter wollen nach Ostern entscheiden, ob sie den Landkreis verklagen. Womöglich reiche es, eine Gesetzesänderung abzuwarten. Die niedersächsische Landesregierung plant nämlich, den Zwang zum Kostendeckungsvorschlag für Bürgerbegehren abzuschaffen. „Dann könnten wir unseren Antrag am nächsten Tag neu einreichen“, sagte Rohlfing.

*„Dann könnten wir unseren Antrag am nächsten Tag neu einreichen“*

HOLGER ROHLFING

### Klare Worte von Heiko Schmelzle

**AURICH** - „Mir ist es vollkommen unverstündlich, dass viele Menschen der Meinung sind, ein Handyfoto von einem Flüchtling mit der Kanzlerin habe die Flüchtlingswelle ausgelöst.“ Der Nordsee-CDU-Bundestagsabgeordnete Heiko Schmelzle (CDU) fand bei einem Vortrag, den er auf Einladung der Mittelstandsvereinigung der CDU in Aurich hielt, klare Worte zur Flüchtlingspolitik. Er gehe davon aus, dass vielmehr die Kürzungen der Lebensmittelpreise und die Kürzung der Mittel für schulische Bildung in den Flüchtlingslagern in der Krisenregion der Grund gewesen seien. Als Russland an der Seite des Assad-Regimes militärisch in den Bürgerkrieg eingriff, hätten viele Flüchtlinge, die seit Jahren in den Flüchtlingslagern nahe der syrischen Grenze ausgeharrt hätten, die Hoffnung auf eine baldige Befriedung ihrer Heimat aufgegeben. Es sei dem Engagement von Angela Merkel zu verdanken, dass bei der sogenannten Geberländerkonferenz in London die Finanzierung für Syrien für die kommenden zwei Jahre durch feste Zusagen sichergestellt worden sei, betonte Schmelzle nach Angaben der Mittelstandsvereinigung.

### Kleiderkammer macht Ferien

**AURICH** - Die Kleiderkammer der Flüchtlingshilfe Aurich ist vom 21. März bis 1. April geschlossen. Erster Öffnungstag nach den Osterferien ist am Mittwoch, 6. April, dann mit neuen Öffnungszeiten. Die Kleiderkammer im Gebäude B der KVHS Aurich ist dann jeden Mittwoch und Freitag von 17 bis 19 Uhr, also eine Stunde weniger als bisher, geöffnet. Die Flüchtlingshilfe braucht weiterhin dringend Kleider, Haushaltswaren und Sanitärartikel. Wer etwas spenden möchte, kann es zu den Öffnungszeiten abgeben oder sich an das Büro wenden. Es ist montags bis freitags von 8.30 bis 12.30 Uhr und von 13.30 Uhr bis 17.30 Uhr unter Tel. 04941/9580141 sowie per Email an [info@fluechtlingshilfe-aurich.de](mailto:info@fluechtlingshilfe-aurich.de) zu erreichen.

### POLIZEIBERICHT

#### Kennzeichen weg

**AURICH** - Von einem Quad, das am Dienstag zwischen 12.50 und 20.40 Uhr auf dem Schotterparkplatz am Lichtenburger Weg in Aurich abgestellt war, wurde das hintere Nummernschild gestohlen. Das antilich Kennzeichen lautet WTM-AV 9. Die Polizei in Aurich bittet um Hinweise.

#### Seitlich berührt

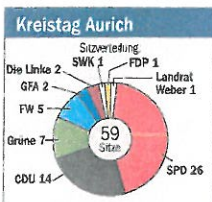
**AURICH** - Auf der Großen Mühlenwallstraße in Aurich ist am Mittwochnachmittag ein Auto durch einen Lastwagen beschädigt worden. Laut Polizei war eine Autofahrerin auf dem linken Fahrstreifen in Richtung Pferdemarkt unterwegs. Zwischen dem Hoheberger Weg und der Pferdemarkt-Kreuzung kam ihr der Laster zu nahe. Möglicherweise habe der LKW-Fahrer den Vorfahrt nicht bemerkt, so die Polizei. Sie bittet Zeugen, sich zu melden.

## Breite Mehrheit für den Kreishaushalt

**ETAT** Nur Grüne und GFA/FDP dagegen

**AURICH** / LU - Der Auricher Kreistag hat gestern Abend mit breiter Mehrheit den Haushalt 2016 beschlossen. 40-mal ja, achtmal Nein, eine Enthaltung lautete am Ende das Resultat. Die Gegenstimmen kamen von Grünen und GFA/FDP, die Enthaltung von dem Abgeordneten Franz Constant (Freie Wähler).

Kammerin Irene Saathoff sagte: „Dieser Haushalt steht komplett unter der Prämisse der Flüchtlingsproblematik.“ Dafür seien 46 neue Stellen vorgesehen. Weil das Land Niedersachsen die Kosten für



die Flüchtlingsbetreuung erst zwei Jahre rückwirkend erstattet, muss der Landkreis 18,5 Millionen Euro durch Kassenkredite finanzieren.

## In der Zentralklinik fallen im Vergleich zu heute 500 Jobs weg

**KOSTEN** Vor allem deshalb kann sie wirtschaftlicher arbeiten

In den Krankenhäusern Aurich, Emden und Norden gibt es 2100 Stellen. Georgsheil soll mit 1600 auskommen.

**AURICH** / LU - Die Zentralklinik in Georgsheil wird im Gegensatz zu den bestehenden Kliniken schwarze Zahlen schreiben. Davon gehen zumindest der Landkreis Aurich, die Stadt Emden und die von ihnen beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO aus. Das hängt

vor allem mit niedrigeren Personalkosten zusammen, wie Landrat Harm-Uwe Weber gestern deutlich machte. „Dass man dort mit deutlich weniger Personal auskommt, ist klar.“

In der Zentralklinik werde es nur rund 1600 Stellen geben, so der Landrat – 500 weniger als an den bestehenden Standorten Aurich, Emden und Norden. Kündigungen würden jedoch nicht ausgesprochen, betonte Weber. „Rauschmeißen wollen wir wirklich keinen.“ Mit dieser Äußerung nahm der Landrat

Bezug auf ein Zitat von Holger Rohlfing, das die OZ gestern veröffentlicht hatte. Der Sprecher des Aktionsbündnisses hatte gemutmaßt, dass die Zentralklinik nur dann wirtschaftlich arbeiten könne, „wenn sie 500 Leute rauschmeißen“.

Mit dem „rauschmeißen“ lag Rohlfing falsch, mit der Zahl an sich hat er jedoch den Nagel auf den Kopf getroffen. Wie Weber erläuterte, soll der Stellenabbau durch natürliche Fluktuation und Abfindungen funktionieren.

23. SITZUNG DES AURICHER KREISTAGS

# Schüler aus Ihlow müssen in Ihlow bleiben

**BILDUNG** Gemeinde wird zum neuen Schuljahr aus dem Bezirk der IGS Aurich-West herausgenommen

Grüne, GFA/FDP und Freie Wähler hatten beantragt, den Beschluss für ein Jahr auszusetzen. Sie fanden kein Gehör.

VON MARION LUPPEN

**AURICH** - Das Warten hat sich für Johann Börgmann gelohnt. Der Ihlower Bürgermeister verfolgte am Donnerstag als Zuschauer die Kreistagssitzung in Aurich. Nach gut drei Stunden kam das Thema zur Sprache, das Börgmann am meisten interessiert haben dürfte: die Änderung der Schulbezirke im Landkreis Aurich.

Die Kreistagsmehrheit entschied so, wie der Ihlower Bürgermeister es sich erhofft hatte: Die Gemeinde Ihlow wird aus dem Schulbezirk der Integrierten Gesamtschule (IGS) Aurich-West herausgenommen. Damit ist die neue IGS in Ihlow vor Abwanderungstendenzen in Richtung Aurich geschützt. IGS-Schüler aus Ihlow müssen in der Heimatgemeinde bleiben (siehe Infokasten).

Der Schulleiterrat der IGS Aurich-West und der Kreistag hatten gegen dieses Vorgehen protestiert. Sie befürchten ein Ausbluten der IGS West. Die Eltern in Ihlow müssten Wahlfreiheit behalten, forderten sie. Drei Fraktionen im Kreistag – Grüne, GFA/FDP und Freie Wähler – nahmen sich der Sorgen an und beantragten die Aussetzung des Beschlusses für ein Jahr. Diese Zeit solle genutzt werden, um die Auswirkungen auf die Schullandschaft



Schüler im Unterricht: Um die Zukunft der Schulen ging es im Auricher Kreistag. Die IGS in Ihlow wird ab sofort durch einen Schulbezirk geschützt. Vom Schuljahr 2017/18 an gilt das Gleiche für die IGS Marienhäfe/Moorhusen. BU/LD-DPA

zu untersuchen und Alternativen zu diskutieren. „Dieses eine Jahr, das kann ja niemandem schaden“, sagte Anneliese Saathoff, Grünen-Abgeordnete aus Ihlow und Vorsitzende des Kreisschul-ausschusses. Ihlow und Aurich könnten die Zeit nutzen, um ein gemeinsames Angebot zu entwickeln.

Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. Der Erste Kreistag Dr. Frank Puchert sagte, die Antragsteller hätten Angst vor Entscheidungen. „Was soll denn in einem Jahr anders sein? Konfliktfrei wird die Entscheidung im

**Neue Schulform**

Die Gemeinde Ihlow wandelt die Hermann-Tempel-Schule zum kommenden Schuljahr von einer Kooperativen in eine Integrierte Gesamtschule (IGS) um. Ihlower Eltern

Frühjahr 2017 nicht sein.“ Mit den Stimmen von SPD und CDU wurde die Änderung der Schulbezirke schließlich beschlossen. Auf Anregung der CDU wurde die Gemeinde Südbrookmerland

von Funftklasslern, die diese Schulform wählen, dürfen ihre Kinder dann nicht mehr zur IGS Aurich-West schicken. Nur für Oberstufenschüler aus Ihlow ist die IGS Aurich-West dann nach wie vor offen.

in den Beschluss mit aufgenommen. Sie fällt zum Schuljahr 2017/18 aus dem Schulbezirk der IGS Aurich-West. Momentan haben Eltern aus Moordorf und Wiegboldsbur die Wahl, ob sie ihr Kind zur

IGS Aurich-West oder zur IGS Marienhäfe/Moorhusen schicken. Dies sei ungerecht gegenüber den Eltern in Ihlow, meint die CDU. „Auch Südbrookmerland und Brookmerland brauchen Planungssicherheit“, sagte Friederike Dirks (CDU).

Die SPD kam der CDU entgegen, obwohl sie für Südbrookmerland keinen Handlungsbedarf sieht, wie der SPD-Abgeordnete Hans Terfähr befand. Die IGS Marienhäfe/Moorhusen werde voraussichtlich sechszügig geführt. Sie brauche keinen Schutz.

**KOMMENTAR**



VON MARION LUPPEN

**SCHULPOLITIK**

## Nicht abwarten

Wir gründen eine neue IGS, aber ob wir ihre Existenz durch einen Schulbezirk sichern, wissen wir noch nicht. Da warten wir mal ein Jahr ab. Nein, der Antrag von Grünen, GFA/FDP und Freien Wählern ist gut gemeint, doch er hilft niemandem. Abwarten ist in der Schulpolitik keine gute Idee.

Wie man es dreht und wendet: In der Stadt Aurich gibt es eine weiterführende Schule zu viel. Da die städtische Realschule dem Landkreis nicht den Gefallen tut, sich in Luft aufzulösen, wie die CDU-Politikerin Friederike Dirks es ironisch ausdrückte, wird sich an der Struktur der beiden Gesamtschulen etwas ändern müssen. Der Landkreis hat dieses Problem längst im Blick und denkt über eine Fusion nach. Also: Nicht abwarten, sondern anpacken – das gilt für Aurich wie für Ihlow.

Die Autorin erreichen Sie unter [m.luppen@zgo.de](mailto:m.luppen@zgo.de)

## KVHS Aurich und Norden verschmelzen

**AURICH / LU** - Die Kreisvolkshochschulen (KVHS) Aurich und Norden sollen zusammengeführt werden. Landrat Harm-Uwe Weber schlug in der Kreistagssitzung die Gründung eines gemeinsamen Eigenbetriebes für die beiden Bildungseinrichtungen vor. Im Laufe dieses Jahres werde ein Leiter für den Eigenbetrieb eingestellt. Beide Standorte bleiben nach Webers Vorschlag erhalten und bewahren ihre rechtliche Selbstständigkeit als GmbH. Der Kreistag stimmte dem Vorschlag mit dem Haushalt zu.

Der CDU-Abgeordnete Sven Behrens zeigte sich sehr zufrieden: Die CDU fordere seit langem eine Fusion der beiden Kreisvolkshochschulen. Nun werde diese Forderung erfüllt. Im Haushaltsentwurf sind Zuschüsse von bis zu 250 000 Euro an jede der beiden Einrichtungen vorgesehen – für den Fall, dass ein Defizit ausgeglichen werden muss. Auch das ist für Behrens „okay“.

Landrat Weber lobte das Engagement der beiden Kreisvolkshochschulen in der Flüchtlingsarbeit. „Wenn wir sie nicht hätten, müssten wir sie erfinden.“ Sie nähmen sich des Themas umfassend an und hielten so der Kreisverwaltung den Rücken frei.

## Griesel: Diese Beruhigungspille werden wir nicht schlucken

**DEBATTE** GFA-Abgeordnete kritisiert Haushaltspolitik

Der Landkreis Aurich habe in dieser Wahlperiode 65 Millionen Euro neue Schulden gemacht. 2016 wird im Ergebnishaushalt voraussichtlich ein Überschuss erwirtschaftet.

VON MARION LUPPEN

**AURICH** - Sigrid Griesel (GFA) ist sowohl in der Stadt Aurich als auch im Landkreis Aurich als scharfzüngige Haushaltskritikerin bekannt. Diesem Ruf wurde sie auch am Donnerstag in der Haushaltsdebatte im Kreistag gerecht. Doch selbst die Expertin, einst Kämmerin und später Bürgermeisterin von Aurich, musste zugeben: „Die Beurteilung war noch nie so schwierig wie in diesem Jahr.“ Eine Analyse des Haushaltsentwurfs sei „nahezu unmöglich“. Er enthalte zu viele Unwägbarkeiten aufgrund der Flüchtlingsproblematik.

Somit holte Griesel zum Rundumschlag gegen die Finanzpolitik der vergangenen Jahre aus: Allein in dieser Wahlperiode habe der Landkreis im Kernhaushalt 65 Millionen Euro neue Schulden gemacht. Das Personal werde über Kassenkredite bezahlt.

Der von Kämmerin Irene Saathoff vorgelegte Etat weist im Ergebnishaushalt einen Überschuss von 613 000 Euro aus. Dies sei nur eine Beruhigungspille, befand Griesel. „Diese Pille werden wir nicht schlucken.“

Auch die Grünen stimmten gegen den Haushalt. Sie vermisste eine Steuerungsfunktion, sagte Beate Jeromin-Oldewurtel. Die Politik müsse Ziele vorgeben und danach den Haushalt ausrichten.

Der Schuldenstand wird nach Angaben von Saathoffs am Jahresende bei 147 Millionen Euro liegen. Die Nettoneuverschuldung betrage 11,5 Millionen Euro. Erbfriedliches hatte die Kämmerin zur Kreisumlage zu berichten: Die Summe der Zahlungen von Städten und Gemeinden an den Landkreis steigt nach einem Einbruch im vergangenen Jahr von 92,9 auf 110,7 Millionen Euro. Gut ein Drittel davon steuert die Stadt Aurich bei – vor allem dank Enercon.

SPD-Fraktionschef Jochen Beekhus bezeichnete den Haushalt angesichts der Aufwendungen von 374 Millionen Euro als „Zahlenwerk der Superlative“. CDU-Fraktionschef Ililko Gerdas sagte, er könne sich auch nach Jahrzehnten in der Kommunalpolitik nicht an einen vergleichbaren Etat erinnern. Die CDU-Fraktion habe jedoch trotz intensiver Suche

keine Einsparmöglichkeiten gefunden und werde dem Entwurf daher wie die SPD zustimmen. Auch die Freien Wähler sagten Ja zum Haushalt, nicht jedoch zum Stellenplan.

„weil nachhaltige personalwirtschaftliche Maßnahmen trotz unserer ständigen Mahnungen immer noch nicht auf den Weg gebracht wurden“, wie der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Strömmer sagte.

Am Ende brachte der Kreistag den Etat – wie gestern berichtet – mit breiter Mehrheit auf den Weg (40 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen, eine Enthaltung).

## Kritik am Nein zum Bürgerbegehren

**NACHLESE** Politische Reaktionen

Die Grünen werfen der SPD vor, ihren eigenen Argumenten zu misstrauen. Auch in der CDU ruort es.

**AURICH / LU** - Grüne, Linke und FDP haben Kritik an der Ablehnung eines Bürgerbegehrens gegen die geplante Zentralklinik geäußert. Wie berichtet, hatte der Kreisausschuss (KA) am Donnerstag mit sechs zu vier Stimmen entschieden, dass der Antrag wegen eines fehlerhaften Kostendeckungsvorschlags nicht genehmigt werden kann.

Der KA tagt stets nicht öffentlich. Doch nach der Sitzung sicherte die CDU, dass die Stimmentgegenüberstellung gegen das Bürgerbegehren von fünf SPD-Politikern und einem CDU-Mann gekommen wäre. Ein anderer CDU-Politiker hatte dafür gestimmt. Dem Vernehmen nach gab es in der CDU-Kreistagsfraktion Unmut darüber, dass ein Mitglied sich gegen das Bürgerbegehren gewandt hat.

Der Streit geht quer durch die Parteien. In der Auricher SPD-Stadtratsfraktion gibt es

zahlreiche Gegner der Zentralklinik, während die Kreistagsfraktion dafür ist.

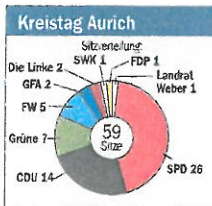
Die Grünen verteilten in der Kreistagssitzung eine Pressemitteilung, in der die Ablehnung des Bürgerbegehrens scharf verurteilt wird. Verwaltung und SPD misstrauten ihren eigenen Argumenten, heißt es dort. „Die Fraktionsspitze der SPD begrüßt zwar öffentlich und plakativ ein Bürgerbegehren – aber bitte nicht hier und nicht bei uns!“ Direkte Demokratie sei nicht gewollt, Bürger würden zu Zaungästen degradiert.

Der Auricher Linken-Ratsherr Hendrik Siebolds sieht in dem Nein einen „bürgerfeindlichen und höchst undemokratischen Akt“. Seine Parteifreundin Blanka Seelgen, Kreistagsabgeordnete aus Aurich, sprach von einer Entmündigung der Bürger.

Der FDP-Kreistagsabgeordnete Wolfgang Sievers (Wiesenoop) schrieb: „Der Bürger hat immer die Verpflichtung, seine Steuern zu bezahlen und nach Recht und Gesetz zu leben. Wenn es aber um Mitbestimmung geht, versagt ihm die Politik den Zugriff.“

„Bitte nicht hier und nicht bei uns“

DIE GRÜNEN



## Harsche Kritik am Nein zum Bürgerbegehren

FDP, Linke und Grüne sprechen von Arroganz und Entmündigung

**Aurich.** Der Beschluss des Auricher Kreisausschusses, den Entwurf für das geplante Bürgerbegehren abzulehnen, hat gestern harsche Kritik hervorgerufen. FDP, Linke und Grüne äußerten sich gestern enttäuscht und verärgert – und sparten nicht mit deutlichen Worten. Sie sprachen von Entmündigung der Bürger, arroganter Kreispolitik, undemokratischen und sogar verabscheuungswürdigem und schändlichem Verhalten. Die Linke strebt eine Klage gegen die Ablehnung an. Und die FDP brach den Rücktritt des Auricher Landrats Harm-Uwe Weber ins Spiel, ohne diesen aber explizit zu fordern. Dazu FDP-Kreistagsabgeordneter Wolfgang Sievers: „Sollte es durch einen Gerichtsbeschluss doch noch zu einem Bürgerbegehren kommen, hat Landrat Weber dem Landkreis Aurich hohen Schaden zugefügt. Daraus würde sich sein sofortiger Rücktritt ergeben.“

Linke-Kreistagsabgeordnete Blanka Seelgen äußerte sich verärgert über die Ablehnung des Bürgerbegehren-Entwurfs: „Das kommt einer Entmündigung der Bürger gleich.“ Für den Sprecher des Auricher Grünen-Ortsverbands, Gunnar Ott ist es „ein Schlag gegen die Bürgerrechte“ und zeigt „wie abgehoben und arrogant die Kreispolitik“ sei. Als einen „bürgerfeindlichen und undemokratischen Akt“ bezeichnete der Sprecher des Auricher Linke-Ortsverbandes, Hendrik Siebolds, den Beschluss.

Linke-Kreistagsabgeordnete Seelgen ist enttäuscht: „Verlierer der Entscheidung sind die Bürger. Ihr Wille ist nicht gefragt.“ Ihr Parteikollege Siebolds ist überzeugt, die Ablehnung sei ist rein politisch begründet. Nach rechtlicher Expertise sei das

Bürgerbegehren genehmigungsfähig. Siebolds griff SPD und CDU hart an: „Besonders schändlich ist die Ablehnung des Begehrens durch Mitglieder der CDU und SPD im Kreisausschuss, von denen sich namhafte Personen wie Jochen Beekhaus (SPD) oder Hilko Herdes (CDU) öffentlich für ein Bürgerbegehren ausgesprochen hatten, was sich nun als heuchlerisch offenbart.“

Die Auricher Grünen hieben in die gleiche Kerbe. Ortsvereins-Sprecher Ott: „Als besonders verabscheuungswürdig sehen wir Grünen das Verhalten von SPD und CDU im Kreistag, die bei jeder Gelegenheit von „Bürgerbeteiligung“ und „Bürger bei den Entscheidungen mitnehmen“ faseln, während sie in der Praxis knallhart und mit der Arroganz der Macht sich über die Bürgerbelange hinwegsetzen.“ Die Schaffung einer Zentralklinik sei „von Anfang an von gewissen Beteiligten auch als großes Ablenkungsmanöver durchgeführt worden, um von der Verantwortung für das Finanzdesaster (der Ubbo-Emmius-Klinik) abzulenken.“

Bei der FDP stieß die Ablehnung auf wenig Gegenliebe. Ohnehin hatte eine solche Entscheidung nur im höchsten Entscheidungsgremium des Landkreises, dem Kreistag, fallen dürfen. Schuld an der Misere sei allein die SPD und ein – vor allem gegenüber der Bürgerinitiative – unglücklich agierender Landrat“, Kreistagsabgeordneter Sievers: „Einer Bürgerinitiative so hohe Burden aufzuerlegen zum Thema Kostendeckungsvorschlag zeigt wenig Einsicht und Verständnis.“ Zumal der Kreis selbst nicht in der Lage ist, das Bredehorst-Gutachten so umzusetzen, dass seine Kliniken schwarze Zahlen schreiben würden.



Zu einem Kompaktkurs im alpinen Ski- und Snowboardfahren waren Schüler des 12. Jahrganges des Beruflichen Gymnasiums der BBS 1 Aurich kürzlich im schweizerischen Skigebiet Sedrun. Dieses bietet den Wintersportlern 50 Pistenkilometer, die sich zwischen 1450 und 2350 Höhenmetern auf mehrere Täler erstrecken. Die Anfänger fanden laut Mitteilung der Schule ein ideales Übungsgelände im Snowpark-Valtgeva. Den fortgeschrittenen Ski- und Snowboardfahrern boten sich Möglichkeiten im Ski- und Snowboard-Panpark-Teglia Gromda. Die Ostfriesen kamen nach sechs Tagen Skivergnügen ohne schwerere Verletzungen nach Hause und waren einstimmig zufrieden mit der Fahrt. Foto: privat

# Die große Kluft

### Kreis gegen Stadt und Disharmonie in den Parteien: Der Streit um die Zentralklinik spaltet SPD und CDU

VON SHEPILAN SCHMIDT

Aurich. Das Thema Zentralklinik spaltet – in Befürworter und Gegner. Das gilt auch innerhalb der großen Parteien. So wurde jetzt bekannt, dass die CDU im Kreisausschuss zum Bürgerbegehren unterschiedlich abgestimmt hat. Hermann Heiders (Norder) war dafür, den Entwurf zuzulassen, Hilko Gerdes (Südbrookmerland) lehnte ihn ab. Jürgen Reiß, Chef des CDU-Stadtverbandes Aurich, ist einer der Initiatoren des Begehrens – während seine Parteikollegen im Kreistag den Neubau unterstützen. Ein Graben ist auch innerhalb der SPD entstanden: Die Kreis-SPD unterstützt in der Mehrzahl Befürworter der Zentralklinik, die SPD in der Stadt Aurich hingegen strikter Gegner.

Der Streit um das Bürgerbegehren hat die große Kluft deutlicher zutage treten lassen. Die Stadt-SPD wirft der SPD im Kreis vor, auf Zeit zu spielen. Denn am 11. September werden neue Lokalparlamente gewählt: auf Kreis-, Stadt- und Gemeindeebene. Weil der Entwurf als fehlerhaft zurückgewiesen wurde, kann das Bürgerbegehren nicht wie geplant in den Monaten zuvor durchgeführt werden. Ein Start ist nach jetzigem Stand erst ab November wahrscheinlich. Dann soll die von der rot-grünen Landesregierung geplante Gesetzesänderung in Kraft treten. Der sogenannte Kostendeckungsvorschlag wird abgeschafft. An die vier ist das Aktionsbündnis bisher gescheitert. Die SPD im Auricher Stadtrat hofft jedoch, dass das

Bürgerbegehren früher beginnen kann. „Der Kreis kann immer noch die Kuh vom Eis kriegen und den Entwurf genehmigen“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Hinrich Wilts am Donnerstag in einem Pressegespräch. Landrat Hans-Uwe Weber (SPD) habe auch die Möglichkeit, die Kommunalaufsicht im niedersächsischen Innenministerium einzuschalten. Die könne noch einmal einen objektiven Blick auf den Entwurf zum Bürgerbegehren werfen. Wilts wundert sich über Webers Abstimmungsverhalten im Kreisausschuss. Der Landrat habe sich enthalten, als es um den Entwurf gegangen sei, so Wilts. „Wenn er sich enthält, dann zeigt das doch, dass er Zweifel hat.“ Den Einwand, Weber

habe sich zurückhalten wollen, weil er als einer der Hauptakteure des Zentralklinik-Projekts befangen sein könnte, lässt Wilts nicht gelten. Immerhin habe er als Landrat und Chef der Kommunalaufsicht selbst vorgeschlagen, den Entwurf des Aktionsbündnisses abzulehnen. **Bürgermeister will Bürgerbegehren** Parteilos, aber einer klaren Meinung ist Aurichs Bürgermeister Heinz-Werner Windhorst. Er ist nach wie vor gegen den Bau der Zentralklinik, will die Ubbö-Emmuis-Klinik (UEK) in Aurich halten. Er fordert vom Kreis, wie auch die SPD im Stadtrat, das Bürgerbegehren doch noch kurzfristig zu genehmigen. „Ich bin sehr für einen

Bürgerentscheid“, sagte Windhorst am Donnerstag im Gespräch mit den ÖN. „Eine Bürgerbeteiligung zeigt den richtigen Weg auf. Ich persönlich könnte mit jedem Votum leben – egal wie es ausfällt.“ Er besuche viele Veranstaltungen, komme oft mit Bürgern ins Gespräch. Dabei habe er den Eindruck gewonnen, dass die Menschen sehr gut über die UEK und die Zentralklinik informiert seien. „Dieses Thema bewegt die Menschen“, so Windhorst. „Es ist ein elementarer Teil der medizinischen Versorgung.“ Ein Bürgerentscheid könne für die Politik Sicherheit bringen. Die Politiker hätten dann die Gewissheit, tatsächlich im Namen der Wähler zu handeln – ob zum Erhalt der UEK oder zum Bau der Zentralklinik.

Advertisement for Gerjets GmbH, a tax and accounting firm. It features a photo of a modern building and text: 'MARKISEN', 'Steuerung per Somfy-App', 'Gerjets GmbH', 'Ihr Raumausstatter und Sattler', 'Aurich, Große Mühlenwallstraße 11', 'www.gerjets.info'.

# Kritik an neuem Anwohnerbeitrag

### FDP-Abgeordneter aus Wiesmoor will Straßen mit Steuergeld sanieren lassen

Wiesmoor. Der FDP-Politiker und Kreistagsabgeordnete Sievers kritisiert die Neugestaltung der Beitragszahlung für Straßensanierungen. „Hier wird quasi eine neue Abgabe erfunden, um dem Bürger noch tiefer in die Tasche zu greifen“, sagt Sievers. Mit der von der rot-grünen Landesregierung beschlossene Änderung des Kommunalabgabengesetzes erhalte auch die Stadt Wiesmoor die Möglichkeit, mehr Bürger als nur die direkten Anlieger bei einer Straßensanierung mit den Kosten zu belasten, schreibt Sievers in einer Mitteilung. Zudem könne der Beitrag zeitlich gestreckt werden. „Das ist absolut ungerecht und willkürlich“, so der FDP-Stadtrat. Hier bedürfe es der Mitbestimmung durch den Bürger. SPD und Grüne wollten mit der Gesetzesänderung die hohen Kosten der Anlieger bei Straßensanierungen reduzieren. In der Problem-

analyse stimme er der Landesregierung auch durchaus zu, so Sievers. „Die hohe Belastung einzelner Anlieger durch die bisherige Straßenausbaubeitragssetzung war ungerecht – vor allem auch, weil die Stadt Wiesmoor und der Landkreis Aurich ohne Bürgerbeteiligung festlegen konnten, welche Straßen saniert werden.“ Die FDP fordert die komplette Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. „Diese könnten ohne Probleme aus dem allgemeinen Steueraufkommen gezahlt werden“, so Sievers. Gerade jetzt sprudeln die Steuereinnahmen. Bereits heute finanziere ein Drittel der Gemeinden in Niedersachsen Erneuerungen über Steuern – beispielsweise über die Grundsteuer. Das wäre für die Bürger gerechter und hält auch die Stadt Wiesmoor und den Landkreis Aurich dazu an, Straßen regelmäßig zu reparieren“, schreibt Sievers.

# SPD: Äußerungen der Grünen sind nur Wahlkampfgetöse

### Jochen Beekhuis verteidigt Ablehnung des Bürgerbegehrens

Aurich. Jochen Beekhuis, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag, hat mit Unverständnis auf die Kritik der Fraktionen zur Entscheidung des Kreisausschusses in Sachen Bürgerbegehren reagiert. Wie berichtet, hatte der Auricher Kreisausschuss den Entwurf für das geplante Bürgerbegehren zur Zentralklinik abgelehnt. Besonders die Fraktion der Grünen wird von Beekhuis hart attackiert. „Die jüngst erfolgten Äußerungen zur Entscheidung des Kreisausschusses in Sachen Bürgerbegehren sind ein massiver Beitrag zur Verunsicherung der Bürger“, so Beekhuis in einem Schreiben. Gerade die Äußerungen der Kreistagsfraktion würden deutlich zeigen, dass die Grünen die Gründe für die erneute Ablehnung des Antrages auf ein Bürgerbegehren offenbar nicht in ihrer Komplexität erfasst und verstanden haben.

Die Verlautbarung der Grünen bezeichnet Beekhuis als eine Nebelkerze. „Hier wird offensichtlich mit allen Mitteln und auf Krampf versucht, die erfolgreiche Arbeit der Sozialdemokraten im Landkreis in ein schlechtes Licht zu rücken“, so der SPD-Fraktionschef. Dieses Verhalten sei reines Wahlkampfgetöse weitab von jeglicher Sachlichkeit. Hier werden in absurder Weise Befindlichkeiten und Mutmaßungen mit den juristisch formalen Notwendigkeiten eines Genehmigungsverfahrens für ein Bürgerbegehren vermischt, so Beekhuis. Die Kritik von Beekhuis richtet sich auch an den Kreistagsabgeordneten Helmut Roß. Roß versuche in seiner Pressemitteilung vergeblich, Unstimmigkeiten zwischen Partei und Fraktion im Landkreis zu finden. Der SPD-Unterbezirksvorstand Aurich unter der Leitung des

SPD-Bundestagsabgeordneten Johann Saathoff habe sich in der von Roß genannten Sitzung im Juli 2015 klar und eindeutig in Sachen Bürgerbeteiligung positioniert. Ebenfalls einzig sei sich die SPD in der Befürwortung von Elementen der direkten Demokratie. Dies könne man einer kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung des SPD-Landtagsabgeordneten Wiard Siebels, eines erklärten Befürworters der Zentralklinik, entnehmen. „Es ist doch kein Widerspruch, sowohl für ein Bürgerbegehren als auch für die Errichtung einer Zentralklinik zu sein. Das eine schließt das andere ja nicht aus“, macht Beekhuis deutlich. „Nach der rechtlichen Prüfung durch die Kommunalaufsicht konnte der Ausschuss nicht anders, als den Antrag des Aktionsbündnisses abzulehnen, weil der beiliegende Kostendeckungsvorschlag unzureichend war und damit die gesetzlichen Vorgaben nicht erfüllt hat“, so Beekhuis. Es handelt sich dabei eben nicht um eine Zweckmäßigkeitentscheidung, sondern sie habe zwingend den rechtlichen Vorgaben durch das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz zu folgen. Auch direkte Demokratie würde Regeln unterliegen. „Falls sich die Rahmenbedingungen ändern und wenn ein Antrag auf Bürgerbegehren zur Zentralklinik die Voraussetzungen erfüllt, stünde unsere Zustimmung natürlich außer Frage“, so Beekhuis.



Die Gegner der Zentralklinik wollen lieber die Ubbö-Emmuis-Klinik in Aurich erhalten. Archivfoto: Bank

Advertisement for Thiele Tee. It features a photo of a group of people sitting around a table drinking tea. Text includes: 'Höchste Qualität genießen!', 'THIELE TEE', 'Ostfriesen trinken THIELE TEE.', and 'www.thiele-tee.de'.